



# HESSISCHER LANDTAG

06. 06. 2006

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **betreffend keine weitere Eskalation der Auseinandersetzung über Studiengebühren durch die Landesregierung und die CDU-Fraktion**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Die Einführung von Studiengebühren ist gesellschaftlich umstritten. Die Ablehnung des Gesetzentwurfs der Landesregierung durch alle Studierendenvertretungen, die Mehrheit der Senate der Hochschulen und einen großen Teil der Präsidien zeigt dies nachdrücklich. Deshalb hält der Landtag die vom Ministerpräsidenten angesichts der abhaltenden Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren angekündigte Beschleunigung der Beratungen über ein Gesetz zur Einführung von Studiengebühren noch vor dem von der Landesregierung selbst gesetzten Ende der Anhörungsfrist am 15. Juli 2006 für überstürzt. Um ein gesellschaftlich und volkswirtschaftlich so gewichtiges Thema zu beraten, ist eine breite politische und gesellschaftliche Diskussion mit den Betroffenen zu führen. Die Verabschiedung eines Gesetzes über Studiengebühren in kürzester Zeit wird der Relevanz und den Auswirkungen auf eine breite Bevölkerungsschicht nicht gerecht.
2. Die Unterrichtsgeldfreiheit besitzt in Hessen Verfassungsrang. Der Respekt vor der Hessischen Verfassung gebietet es, eine parlamentarische Beratung über ein Gesetz, das dieses Recht berührt, in angemessener Zeit durchzuführen. Den Betroffenen ist ausreichend Zeit zur Stellungnahme zu geben. Die verfassungsrechtliche Relevanz der Regelungen zu Studiengebühren muss geklärt werden. Ein einziges von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten zu diesem Thema kann nicht als ausreichend erachtet werden.
3. Die zu erwartenden, gerechtfertigten Proteste von Studierenden, Eltern und Schülerinnen und Schülern gegen Studiengebühren stellen zusätzlich zu den Sicherheitserfordernissen durch die Fußball-WM eine außerordentliche Mehrbelastung der Polizeikräfte in Hessen dar, die durch die Verkürzung der angekündigten parlamentarischen Beratungszeit mögliche weitere Eskalation nicht noch vergrößert werden sollte. Allein die Tatsache, dass die von der Landesregierung geplante Einführung von Studiengebühren zum Beginn des Wintersemesters 2007/2008 geplant ist, macht deutlich, dass weder auf einen geregelten parlamentarischen Beratungsablauf verzichtet werden noch die Belastung der hessischen Polizei im Juni und Juli 2006 parallel zur Fußball-WM auf die Spitze getrieben werden muss.

Wiesbaden, 6. Juni 2006

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**